Klimaschutz sozial gerecht gestalten! Aufruf an die neue Bundesregierung aus der Zivilgesellschaft

Das Öko-Institut und zehn Partner aus der Zivilgesellschaft starten eine gemeinsame Aktion, um für eine stärkere soziale Ausgestaltung von Klima- und Umweltschutz zu werben. Sie machen sich dafür stark, dass Maßnahmen zum Klimaschutz künftig stärker auf soziale Auswirkungen geprüft und gezielt so gestaltet werden, dass alle Menschen von der ökologischen Transformation profitieren können. Im Mittelpunkt stehen unter anderem faire Kostenverteilungen, bezahlbares Wohnen, neue Chancen für Erwerbsarbeit sowie eine sozialverträgliche Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen im Alltag der Menschen.

Die Partner stammen aus Wissenschaft, Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, Kirchen, Mieter*innen- und Klimaschutz-Bündnissen. Sie eint die Überzeugung, dass Klimaschutz nur erfolgreich sein kann, wenn er soziale Ungleichheiten nicht verschärft, sondern abbaut. Ein sozial gerechter Klimaschutz stellt sicher, dass Lasten und Nutzen der Transformation fair verteilt werden. Das umfasst nicht nur finanzielle Entlastungen, sondern auch bessere Teilhabechancen und konkrete Verbesserungen im Alltag: etwa durch den Ausbau klimafreundlicher Mobilität, gezielte Förderprogramme oder faire Mietregelungen.

Appell an die Politik für eine gerechte Klima- und Umweltpolitik

Die neue Bundesregierung ist nun gefragt, in der laufenden Legislaturperiode die Weichen für eine sozial gerechte Klimapolitik zu stellen. Umwelt- und Klimaschutz dürfen niemanden ausschließen - sie müssen für alle Menschen zugänglich und umsetzbar sein, unabhängig vom Einkommen, Wohnort oder sozialer Lage. Die Bündnispartner appellieren an die Politik, soziale Aspekte konsequent in die Entwicklung und Umsetzung von Klimaschutzinstrumenten zu integrieren - für eine gerechte und zukunftsfähige Gesellschaft.

"Schon lange belegt die Forschung, dass sozial gerechter Klimaschutz mehr Zustimmung in der Bevölkerung findet", betont Anke Herold, kommissarische Sprecherin der Geschäftsführung am Öko-Institut. "Wenn so viele unterschiedliche Stimmen gemeinsam sozialen Klimaschutz fordern, ist klar: Das Thema gehört in der neuen Legislatur ganz nach oben."

Stimmen für sozialen Klimaschutz

Die Partner aus der Zivilgesellschaft veröffentlichen Kurz-Statements unter der Überschrift "Sozialer Klimaschutz ist wichtig, weil ?" in den sozialen Medien. Fünf Statements sind bereits erschienen, sechs weitere folgenden in den nächsten Wochen.
Ein Zusammenschnitt aller Statements ist bereits heute auf Youtube verfügbar.
So sagten unter anderem:
"Klimaschutz kann neue Arbeitsplätze schaffen, für faire Arbeitsbedingungen sorgen und zu einer gerechten und sozialen Stadt

beitragen."
Oliver Bürgel, Landesgeschäftsführer AWO Berlin

"Maßnahmen für Klimaschutz müssen gemeinsam unter Einbindung der Mieter*innen erarbeitet werden, Förderungen sollten zielgerichtet und effektiv erfolgen und Kosten für energetische Sanierungen so umgelegt werden, dass Mieten bezahlbar bleiben."
Wibke Werner, Geschäftsführerin des Berliner Mietervereins

"Energetische Sanierungen dürfen nicht dazu führen, dass die Warmmieten teurer werden, es braucht einen sozial gestaffelten Ausgleich für den CO2-Preis und Energiearmut muss bekämpft werden. Außerdem müssen alle Menschen Zugang zur Mobilität erhalten, unabhängig von Wohnort und Einkommen."
Peter Richter, Referent Klimasozialpolitik beim Deutschen Caritasverband e.V.
Judith Wind-Schreiber, Referentin Klimasozialpolitik beim Deutschen Caritasverband e.V.

"Klimaschutz muss so gestaltet werden, dass die arbeitenden Menschen in diesem Land nicht die Verlierer*innen des Wandels sind, sondern durch die Transformation neue Chancen bekommen."
Frederik Moch, Abteilungsleiter Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik beim Deutschen Gewerkschaftsbund

"Sozialer Klimaschutz kann Ungleichheiten verringern. Die Heizkosten können durch warmmietenneutrale Sanierungen gesenkt werden, dafür müssen die Modernisierungsumlage abgesenkt und Förderungen verstetigt und sozial ausgerichtet werden."
Anna Wolff, Referentin Wohnungs- und Mietenpolitik beim Deutschen Mieterbund

"Ist der Klima-Kipppunkt erreicht, droht der Klimakollaps. Soziale Verunsicherung und Entsolidarisierung wiederum können auch dazu führen, dass eine Gesellschaft kippt. Davon profitieren die Feinde der Demokratie. Beide Kipppunkte, den des Klimas und des sozialen Zusammenhalts, gilt es unbedingt zu vermeiden."
Katja Kipping, Geschäftsführung beim Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e.V.

"Wenn wir Klimaschutz sozial gestalten, haben wir die Chance, mehr Lebensqualität, mehr soziale Sicherheit und eine nachhaltige Perspektive für die kommenden Generationen zu schaffen."
Elke Ronneberger, Bundesvorständin Sozialpolitik bei Diakonie Deutschland

"Klimaschutz darf niemanden ausschließen, alle müssen die Möglichkeit haben, nachhaltig zu leben, unabhängig von ihrem Einkommen."
Kristina Kühnbaum-Schmidt, Landesbischöfin der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland

"Klimapolitik kann nur erfolgreich sein, wenn sie in den Alltag der Menschen passt und bestehende soziale Ungleichheiten berücksichtigt."
Daniel Eggstein, Referent Klimapolitik und soziale Gerechtigkeit Klima-Allianz Deutschland

"Alle Menschen sollen von den Vorteilen einer ambitionierten Klimapolitik profitieren. Sie birgt mehr Lebensqualität, erhöht Teilhabemöglichkeiten, Wohnkomfort, Selbstwirksamkeit und nicht zuletzt die Gesundheit."
Astrid Schaffert, Referentin Zukunft KlimaSozial